

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 17. Juli 1959

Blatt 1472

Gesperrt bis zum Ende der Sitzung!

Eine schöpferische Periode in der Geschichte Wiens
=====

Große Gemeinderat-Abschlußrede des Bürgermeisters

17. Juli (RK) Zum Abschluß der Sitzung des Wiener Gemeinderates heute nachmittag, mit der die Sitzungsperiode 1954 - 1959 zuendeging, gab Bürgermeister Jonas einen umfassenden Rechenschaftsbericht. Der Bürgermeister führte aus:

"Der Gemeinderat geht in die Sommerferien. Möglicherweise war dies heute seine letzte Sitzung vor den Neuwahlen im Herbst dieses Jahres. Ich darf also allen Mitgliedern einen angenehmen und erholungsreichen Urlaub wünschen.

Lassen Sie mich heute den Anlaß benützen, um auf die zu Ende gehende Wahlperiode des Wiener Gemeinderates einen kurzen Rückblick zu machen und seine Tätigkeit zu würdigen. Als am 10. Dezember 1954 dieser Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, unriß ich in meiner Antrittsrede die Hauptaufgaben für die bevorstehende fünfjährige Arbeitsperiode, wie sie sich aus der damaligen Schaulden verantwortlichen Gemeindeverwaltern darstellten. Wir fühlten damals schon das rasche Tempo in der Entwicklung des großstädtischen Lebens und waren uns bewußt, daß es kaum gelingen wird, alle auftretenden Probleme zu lösen. Trotzdem waren wir von Optimismus erfüllt und hatten den festen Willen, mit aller Kraft an dem sozialen und technischen Fortschritt unserer Heimatstadt zu arbeiten.

Über allem stand aber damals noch eine andere geheime Sorge: Noch waren Wien und Österreich nicht frei, noch war unser Land von vier Militärmächten besetzt, noch waren unserem Volk die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht verwehrt. Ich will Ihnen deshalb,

./.

meine sehr geehrten Mitglieder des Gemeinderates, die letzten Sätze meiner Antrittsrede wieder in Erinnerung rufen, um in unserer raschlebigen Zeit zu ermessen, in welcher geschichtlicher Periode der jetzige Gemeinderat seine Tätigkeit erfüllte. Meine Antrittsrede klang in folgenden Sätzen aus: "Der neugewählte Gemeinderat steht vor einer Arbeitsperiode, die von ihm und von der Wiener Bevölkerung höchste Leistungen verlangen wird. Wir erhoffen uns für die kommenden Jahre ein weiteres Aufblühen unserer geliebten Heimatstadt, in der alle unsere Mitbürger das Gefühl der Sicherheit und der Gerechtigkeit haben sollen. Diese Hoffnung wäre um so größer, wenn unsere vier Besatzungsmächte nun endlich die Periode des Zauderns und Diskutierens beenden und der Republik Österreich die ehrlich verdiente Freiheit und damit den endgültigen Frieden geben wollten. Wenn Österreich und Wien im Laufe der vergangenen Jahre alle Beweise höchster Arbeitsbereitschaft und politischer Reife erbracht haben, so ist nun die Reihe an den alliierten Besatzungsmächten, unsere Beweise mit ihrem Gegenbeweis des guten Willens zu quittieren. Deshalb soll am Tage des Zusammentritts des neugewählten Wiener Gemeinderates unsere Forderung wieder erhoben werden: Gebt Österreich und seiner Bundeshauptstadt die Freiheit!"

Dieser unser Wunsch und unsere Forderung waren ein Jahr später Wirklichkeit. Der Staatsvertrag wurde abgeschlossen. Österreich wurde frei und souverän. Die Besatzungsmächte verließen in der vorgesehenen Frist unser Land, und Österreich beschloß den Status der Neutralität für immerwährende Zeiten.

Und so wie sich dieser große Wunsch aller Wiener und Österreicher nach Freiheit und Unabhängigkeit erfüllte, so gelang es auch dem Wiener Gemeinderat, die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung in eine erfolgreiche Bahn zu lenken und die Erwartungen zu erfüllen, die in ihn gesetzt wurden. Das große Verantwortungsbewußtsein und die Arbeitsbereitschaft der gesamten Wiener Bevölkerung haben den Gemeinderat in die Lage versetzt, große Ziele anzustreben und zu erreichen. Und so dürfen wir heute, da wir uns dem Ende dieser Wahlperiode nähern, sie als eine der großen, erfolgreichen und schöpferischen Perioden in der Geschichte unserer Stadt bezeichnen.

Zu diesem Ergebnis hat noch ein anderer Umstand beigetragen. Am Beginn dieser Funktionsperiode vereinbarten die beiden großen Parteien dieses Hauses - wie in den vorhergehenden zwei Perioden - wieder

ihre Zusammenarbeit, die sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in erfolgreicher Weise bewährte und eine Zusammenarbeit der gesamten Bevölkerung zur Folge hatte. Damit hat die Demokratie in unserer Stadt wieder einmal bewiesen, daß sie auch in dieser Form zu großen Leistungen befähigt und das Verantwortungsbewußtsein der übergroßen Mehrheit unserer Bevölkerung zu mobilisieren versteht. Dieses Verantwortungsbewußtsein brauchten wir in der Vergangenheit, wir werden es ebenso in der Zukunft brauchen.

Gewiß verlangen die größeren und kleineren Aufgaben des täglichen Lebens unsere volle Aufmerksamkeit. Wir haben aber unser Interesse ebenso auf jene großen Probleme zu lenken, die sich aus der Lage unserer Stadt im gespaltenen Europa ergeben. Wir müssen versuchen, allen schädlichen Folgen entgegenzuwirken, die sich dadurch ergeben, daß wir an die Peripherie der demokratischen Welt gerückt wurden. Weil wir uns zu großen Leistungen aufrufen und durch viele Beispiele unsere Zugehörigkeit zur demokratischen Welt beweisen, haben wir die Gefahr der wirtschaftlichen und politischen Isolierung überwunden. Wien hat das Vertrauen aller Freunde der Freiheit und Demokratie gerechtfertigt. Es hat zu seiner alten Rolle als geachtete und anerkannte Kulturstadt zurückgefunden. Der Wiener ist auf seine Stadt wieder stolz. Er ist wieder selbstbewußt ohne überheblich zu sein. Er ist stolz darauf, daß seine Stadt nach dem furchtbaren Krieg, fast ohne Anlaufzeit, wieder einmalige und große Leistungen vollbringen kann, die den Anschluß an die moderne Welt gewährleisten.

So erfüllt es uns mit großer Genugtuung, daß unsere Stadt in den vergangenen fünf Jahren eine sprunghafte Entwicklung des Fremdenverkehrs verzeichnen kann. In der Saison 1954/55 wurden wir von 300.000 Gästen aus dem Ausland besucht und in der vergangenen Saison waren es bereits 490.000. Eine gleiche Entwicklung verzeichnen wir bei der Frequenz des Flughafens Wien-Schwechat. Im Jahre 1954 wurden 53.800 an- und abreisende Passagiere gezählt, im Jahre 1958 schon 238.800.

Zu dieser erfreulichen Entwicklung tragen zwei Einrichtungen besonders bei. Auf kulturellem Gebiet sind es die Wiener Festwochen, die sich binnen weniger Jahre in die vorderste Reihe der internationalen Festspiele vorgearbeitet haben. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist es die Wiener Internationale Messe, die ebenfalls zu den bedeutendsten Veranstaltungen ihrer Art zählt und von Jahr zu Jahr mehr Bedeutung gewinnt. Eine besondere Anziehungskraft entwickelte Wien für internationale Tagungen und Kongresse. Seit dem Jahre 1955 fanden 412 Kongresse

der verschiedensten Größen und Fachrichtungen statt, die sowohl in organisatorischer wie kongreßtechnischer Hinsicht äußerst erfolgreich verliefen. Wir können mit Genugtuung vermerken, daß wir weiterhin in der Gunst der internationalen Kongreßtätigkeit stehen, was uns wieder zu großen Leistungen verpflichtet.

Die Erfolge in unserer Gemeindetätigkeit sind auch in vielen Städten des Auslandes bekannt geworden, und so dürfen wir immer häufiger Delegationen befreundeter Stadtverwaltungen begrüßen, die sich mit den neuesten Ergebnissen der Wiener Kommunalpolitik vertraut machen wollen und uns bei diesen Anlässen ihres uneingeschränkten Lobes versichern und zu unseren Erfolgen beglückwünschen.

Die Fortschritte unserer Stadt bringen es aber auch mit sich, daß der Ruf Wiens als Universitätsstadt erfreulich wächst und von Jahr zu Jahr mehr ausländische Studenten an die Wiener Hochschulen kommen. Darüber bin ich sehr glücklich, weil ich glaube, daß Wien damit der Demokratie einen besonderen Dienst erweist. Die Studenten aus dem Nahen und Mittleren Osten, die in Wien ihre wissenschaftliche Ausbildung genießen, werden in wenigen Jahren die geistige Führungsschicht der jungen aufstrebenden Nationalstaaten bilden. Wenn sie während ihrer Studienzeit bei uns das Beispiel einer lebendigen Demokratie kennen lernen, die unter Opfern und Schwierigkeiten den rechten Weg sucht, dann mag das für sie eine der fruchtbarsten Erfahrungen und Erinnerungen für ihr ganzes Leben sein. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Gemeinde Wien bemüht ist, für die Wohnmöglichkeiten der Studenten einen Beitrag zu leisten. Sie bereitet die Errichtung eines Internationalen Studentenheimes vor, in dem österreichische und ausländische Studenten wohnen sollen.

Eine der schönsten Würdigungen und eine der wertvollsten Anerkennungen für unsere internationalen demokratischen Bemühungen wurde unserer Stadt durch die Verleihung des Europa-Preises zuteil. Damit wurde auch die Aufmerksamkeit der übrigen Welt wieder auf die europäische Bedeutung unserer Stadt gelenkt und wir dürfen mit Recht hoffen, daß ungeachtet aller noch bestehenden Schwierigkeiten die freien Völker Europas sich eines Tages vereinigen werden.

Aus der Fülle der großen Ereignisse der vergangenen Jahre ragt die Internationale Atomkonferenz besonders hervor und ihr Beschluß, die Internationale Atomenergiebehörde in Wien zu errichten. Damit haben Österreich und Wien einen besonderen Beweis internationalen

Vertrauens erhalten und unserer Stadt wurde auf einem Gebiet, das in einer friedlichen Welt zu den schönsten und größten Hoffnungen berechtigt, eine besondere Bedeutung verliehen.

Ich will nun den Versuch machen, verehrte Mitglieder des Gemeinderates, an Hand einiger statistischer Zahlen die Veränderungen in der Lebenshaltung der Bevölkerung beziehungsweise in der Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit in unserer Stadt nachzuweisen. Diese Zahlen beziehen sich nur teilweise auf einen direkten Aufgabenbereich der Stadt Wien.

Der Verbrauch an elektrischem Strom stieg von 996,2 Millionen kWh im Jahre 1954 auf 1449,7 Millionen kWh im Jahre 1958. Der Gasverbrauch betrug 374,2 Millionen Kubikmeter im Jahre 1954 und stieg auf 472,8 Millionen Kubikmeter im Jahre 1958. Der Wasserverbrauch stieg von 132,7 Millionen Kubikmetern im Jahre 1954 auf 143 Millionen Kubikmeter im Jahre 1958. In diesen drei Verbrauchszahlen widerspiegelt sich vielleicht am allerdeutlichsten die Vergrößerung unserer Wirtschaftskapazität und gleichzeitig auch die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Lassen Sie mich einige weitere Zahlen nennen. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hatte im Jahre 1954 einen Einlagenstand von 900 Millionen Schilling. Im Jahre 1958 betragen die Einlagen bereits 2.582,7 Millionen Schilling. Im Jahre 1954 hatte die Städtische Wechselseitige Versicherungsanstalt 1,740.000 Versicherungsfälle mit 312,1 Millionen Schilling Prämien, im Jahre 1958 waren es 2,311.000 Versicherungsfälle mit 528,8 Millionen Schilling Prämien.

Ein Zeugnis der besonderen Lebens- und Wirtschaftskraft unserer Stadt erblicke ich in den Zahlen, die uns den Stand der Beschäftigten anzeigen. Das Landesarbeitsamt Wien meldete für den Mai 1954 einen Gesamtstand von 658.070 Beschäftigten und für den Mai 1959 von 742.680. Die Zahl der Beschäftigten hat sich also um 84.610 vermehrt. Hiezu noch die entsprechenden Zahlen über die Bewegung der Arbeitslosen: Im Mai 1955 waren 61.750 Arbeitsuchende gemeldet, während es 28.127 im Mai 1959 sind. Ohne uns einer Überheblichkeit schuldig zu machen, dürfen wir feststellen, daß zu dieser günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkte die Investitionstätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung außerordentlich viel beiträgt.

Es gehört zwar nicht unmittelbar dazu, ist aber in diesem Zusammenhang trotzdem interessant zu hören: Im Jahre 1955 hatte die

Gemeinde 17.780 Dauerbefürsorgte in der offenen Fürsorge zu betreuen; diese Zahl sank bis zum Jahre 1958 auf 11.120. Wohl ist für diese Entwicklung das Wirksamwerden des ASVG zum größten Teil maßgebend. Doch darf in diesem Zusammenhang erinnert werden, daß bis zum vergangenen Jahr die Gemeindeverwaltung nach den Bestimmungen des gleichen Gesetzes die Aufstockungsrenten zu leisten hatte.

Als einen Gradmesser besonderer Art bezeichne ich die Entwicklung der Geburtenzahlen. In ihr widerspiegelt sich der gesteigerte Lebenswille und die gesteigerte Zukunftshoffnung der Bevölkerung am deutlichsten. Die jährliche Geburtenzahl stieg von 11.216 im Jahre 1954 auf 15.260 im Jahre 1958. Mit voller Absicht stelle ich der Zahl der Geburten die Zahl der motorisierten Fahrzeuge gegenüber. Zu Beginn des Jahres 1955 gab es in Wien 128.000 motorisierte Fahrzeuge, sie stiegen bis zum Juni 1959 auf 223.000.

Und nun zu einem anderen Kapitel. Die Stadt Wien beschränkt sich nicht darauf, die durch Gesetze und Verfassung vorgeschriebenen Aufgaben zu bewältigen. Sie versucht, durch Förderungsmaßnahmen und Kredite den Willen zur Selbsthilfe zu stärken und zu diesem Zweck hat sie einige Aktionen eingeführt. Für die Förderung des Kultur- und Sportlebens wurden zweckgebundene Abgaben beschlossen. Der Kultur-groschen hat in den Jahren 1955 bis 1959 einen Gesamtbetrag von 45,2 Millionen Schilling eingebracht, der ausschließlich an wissenschaftliche, künstlerische und kulturelle Vereinigungen, an die Volksbildungsanstalten, zur Förderung des Ausstellungswesens und zur Unterstützung wissenschaftlicher Expeditionen ausgegeben wurde. Der Sport-groschen erbrachte im gleichen Zeitraum einen Betrag von 7,4 Millionen Schilling, der durch den Sportbeirat an die Sportorganisationen ausgegeben wurde. Mit diesen Beträgen wurde die Erbauung und Einrichtungen von Sportanlagen und die Anschaffung von Sportgeräten unterstützt.

Von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung sind dann die Förderungsmaßnahmen, die die Gemeinde durch Kreditaktionen für verschiedene Zwecke vornimmt. In Zusammenarbeit mit dem Handelsministerium und mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft werden Kredite zur Instandsetzung und Modernisierung gewerblicher Unternehmungen vergeben, für die die Gemeinde Wien bisher fünf Millionen Schilling beisteuerte. Für die Einrichtung von Badezimmern und Einbauküchen wurden bisher 11,2 Millionen Schilling an Krediten vergeben. Um die Liquidierung der sogenannten Lebedenko-Möbel ohne Härten durchführen

zu können, hat die Gemeinde Kredite zur Anschaffung von Ersatzmöbeln gegeben, die bisher 9,4 Millionen Schilling betragen. Für die SW-Möbelaktion hat die Gemeinde Wien bis jetzt 20 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Einer besonderen Beliebtheit erfreut sich die Kreditaktion für die Beschaffung von Gasgeräten und Elektrogeräten für den Haushalt. In der Berichtsperiode hat die Gemeinde Wien hierfür 350 Millionen Schilling aufgewendet.

Die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung kann man nur dann richtig beurteilen, wenn man ihre Leistungen von verschiedenen Ausgangspunkten betrachtet. Ich will diese Methode anwenden und jene Ausgaben nennen, die ihre wichtigsten Aufgabenbereiche betreffen. In der jetzigen Funktionsperiode hat die Gemeinde für das Gesundheitswesen 1624,6 Millionen Schilling ausgegeben. Die Ausgaben für das Fürsorgewesen belaufen sich auf 1805,2 Millionen, für das Schulwesen auf 640,7 Millionen Schilling.

In einem innigen Zusammenhang damit stehen die Bemühungen der Gemeinde, durch eine wohlüberlegte Investitionstätigkeit die Vollbeschäftigung der Wiener Wirtschaft herbeizuführen. Ich habe schon vorhin nachgewiesen, daß die Entwicklung auf dem Wiener Arbeitsmarkt eine durchaus günstige ist. Hören Sie, meine sehr geehrten Mitglieder des Wiener Gemeinderates, welche Leistungen hierfür die Gemeinde erbracht hat. In dem schon erwähnten Zeitraum der Funktionsperiode wurden 5.622 Millionen Schilling für die Arbeitsbeschaffungspolitik der Gemeinde aufgewendet, von denen 5.299 Millionen allein dem Baugewerbe und dem Baunebengewerbe zugeflossen sind. Unabhängig davon wurden durch die Investitionsaufträge der Stadtwerke weitere 2.430 Millionen Schilling der Wirtschaft zugeleitet. Wir sind bei der Vergabe der Investitionsaufträge von der Absicht ausgegangen, mit ihnen nicht irgendwelche Verlegenheitsarbeiten durchzuführen, nur zu dem Zweck, um die Arbeitslosenzahlen zu senken. Die entscheidende Überlegung war, daß mit diesen Ausgaben wertevermehrende Einrichtungen geschaffen werden, die gleichzeitig eine Modernisierung der Stadt bedeuten und somit der gesamten Bevölkerung zum Vorteil gereichen. Allerdings war es eine ebenso maßgebende Überlegung, jeden unnützen Aufwand zu vermeiden, strengste Sparsamkeit zu beachten, um die Steuerwilligkeit unserer Mitbürger nicht zu mißbrauchen.

Es ist nicht möglich, im Rahmen eines gedrängten Berichtes der unerhörten Fülle von Leistungen gerecht zu werden, die in allen

Verwaltungszweigen der Gemeinde erbracht wurden. Ich will aber trotzdem aus einigen sozusagen "marktgängigen" Bereichen die Erfolgswahlen bekanntgeben. Für unsere Kinder wurden in der Berichtszeit 22 Kindergärten erbaut, wodurch sich die Zahl der Säuglingskrippen, Krabbelstuben, Kindergarten- und Hortgruppen von 506 auf 552 erhöhte. Zur Befriedigung des Schulbedarfes wurden acht Schulen erbaut. Um aber die bestehenden teilweise schon alten Schulgebäude ebenfalls den Bedingungen von heute anzupassen, führen wir ein Schulmodernisierungsprogramm durch, in dessen Verlauf in der Berichtsperiode 106 Schulen vollständig überholt wurden. Ebenfalls unseren Kindern gewidmet ist die Vermehrung der Kinderfreibäder von 26 auf 29 (heute wurde die Errichtung von zwei weiteren beschlossen), und die Errichtung von 138 Kinder- und Jugendspielplätzen.

Im Bewußtsein unserer Mitbürger spielt die Grünflächenpolitik erfreulicherweise eine große Rolle. Ich bin glücklich darüber, daß der Wald- und Wiesengürtel nicht nur in gesetzlichen Vorschriften, sondern auch im Verständnis und in der Verantwortung der gesamten Wiener Bevölkerung verankert ist. Die Gemeindeverwaltung ist ständig bemüht, für die Erholungsmöglichkeiten der Wiener vorzusorgen. Zu diesem Zweck hat sie zwei ganz große Liegenschaften angekauft, um gleichzeitig den Wiener Wald in seinem Bestand zu schützen und wilde Verbauungen zu verhindern. Die sogenannten Schwarzenberggründe und das Laudongut, die ein Flächenausmaß von 4,820.000 Quadratmetern haben, wurden um den Betrag von 22 Millionen Schilling erworben. Die Pflege der innerstädtischen Garten- und Parkanlagen wird jetzt auch schon den Ansprüchen der verwöhntesten Blumenliebhaber gerecht, und unsere Stadtgartendirektion vermehrt die Grünflächen von Jahr zu Jahr. In der Berichtsperiode sind 46 neue Gartenanlagen mit einem Flächenausmaß von 207.600 Quadratmetern hinzugekommen, desgleichen Gärten in den städtischen Wohnhausanlagen, die um 131 vermehrt wurden und einen Zuwachs von 454.200 Quadratmetern verzeichnen können.

Als mindestens ebenso wichtig und notwendig bewerten die Wiener andere Arbeiten. Ich denke da beispielsweise an den Kanalbau, an den Straßenbau und an den Brückenbau. Die zuständige Abteilung des Bauamtes meldet, daß in der Berichtsperiode Kanal-Neubauten und Umbauten in einer Länge von 60 Kilometern vorgenommen wurden, und die Straßenbauabteilung meldet den Neubau und Umbau von 10,176.000 Quadratmetern Straßenflächen und Gehsteigen. Die Brückenbauabteilung teilt mit,

daß 35 Brücken wiederaufgebaut, umgebaut oder neugebaut wurden. Darunter befinden sich so große Objekte wie die Rotunden- und Schwedenbrücke, die Hafenbrücke Freudenau, und die Brückenkonstruktionen bei den großen Verkehrsbauwerken Opernpassage, Ringturmkreuzung und Südtiroler Platz.

Eine Aufgabe besonderen Ausmaßes stellte sich die Gemeindeverwaltung mit ihrem Programm, das der Lösung des Wohnungsproblemens dienen soll. Gilt es doch gerade auf diesem Gebiet alle Nachteile auszugleichen und Versäumnisse aufzuholen, die die Wohnbaupolitik aus der Gründerzeit und die Kriegszerstörungen aus dem zweiten Weltkrieg verursacht haben. Das Soziale Wohnbauprogramm aus der ersten Republik, das mit manchen Abänderungen in vielen Städten der ganzen Welt Nachahmung gefunden hat, wurde nach dem zweiten Weltkrieg konsequent weitergeführt. In der Berichtsperiode, also von 1955 bis einschließlich 1959, wurden nach den Grundsätzen des Sozialen Wohnbauprogrammes 26.370 Wohnungen gebaut. Rechnet man pro Wohnung im Durchschnitt drei Personen, so ergibt das eine Einwohnerzahl von fast 80.000 Personen, das ist um 10.000 mehr als die Einwohnerzahl von St. Pölten und Wr. Neustadt zusammen. Die Gesamtzahl der von der Gemeinde Wien nach dem zweiten Weltkrieg erbauten Wohnhausanlagen wird bis zum Jahresende 1959 wahrscheinlich 56.600 überschreiten. Für den Bau der kommunalen Wohnungen wurde in den vergangenen fünf Jahren der Betrag von 2.462 Millionen Schilling aufgewendet. Mit dieser ungeheuren Leistung hat sich die Gemeindeverwaltung aber nicht zufrieden gegeben. Sie ist dem Wohnungsproblem auch noch mit anderen Mitteln zu Leibe gerückt. Durch eine großzügige Gewährung von Krediten wurden die Bedingungen für den Bau von genossenschaftlichen Wohnungen und Eigenheimen außerordentlich günstig gestaltet. Es wurden nach den Bestimmungen des Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 und dann nach denen der Neuen Wiener Wohnbauaktion 1.088,700.000 Schilling an Krediten vergeben. Mit diesen Zuschußkrediten wurde die Erbauung von 16.600 Wohnungen ermöglicht. Aber nicht genug damit! Um den Althausbestand in Wien zu sichern, hat sich die Gemeinde schon vor Jahren entschlossen, zinsfreie Darlehen für die Instandhaltung von privaten Wohnhäusern zu gewähren. Diese Darlehen wirken sich zu Gunsten der Hausbesitzer und der Mieter aus, da die verhältnismäßig hohen Bankzinsen eingespart werden können. Im Berichtszeitraum wurden 237 Millionen Schilling solcher zinsfreien Darlehen an den privaten Wiener Hausbesitz vergeben.

Über allen materiellen und sachlichen Problemen, die ich nun stichwortartig behandelt habe, will ich unsere Mitarbeiter, die Bediensteten der Stadt Wien nicht vergessen. So wie die besten Absichten des Gemeinderates fruchtlos blieben, würde die Bevölkerung kein Interesse und kein Verantwortungsgefühl für die Aufgaben der Stadtverwaltung haben, so würden auch die besten und schönsten Pläne nicht verwirklicht werden können, gäbe es nicht die große Arbeits- und Verantwortungsfreude der städtischen Bediensteten. Das besondere Vertrauensverhältnis, das für jeden öffentlichen Bediensteten besteht, da sein Arbeitgeber die Gemeinschaft seiner Mitbürger ist, bringt es mit sich, daß mehr als anderswo der Grundsatz von Treue und Vertrauen zu gelten hat. Die Gemeinde darf von allen Bediensteten erwarten, daß sie ihre Arbeitskraft nach bestem Wissen und Können einsetzen. Dafür dürfen die städtischen Bediensteten von der Gemeindeverwaltung erwarten, daß ihr Dienst- und Gehaltsrecht nach bestem Wissen und Können geformt wird. Der Wiener Gemeinderat kann in dieser Beziehung mit Recht sagen, daß das demokratische Dienstrecht für die Wiener Gemeindebediensteten ein Optimum darstellt, und daß die Lösung der Gehaltsfragen so verständnisvoll vorgenommen wird, wie sie mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Stadtverwaltung möglich ist. Ich darf hier auf die Einführung der Pensionsautomatik und auf die Verkürzung der Arbeitszeit sowie auf die seit Jahren geübte Praxis von Zulagen anlässlich des Jahresendes hinweisen, die für das nächste Jahr in die Form einer festen Zusicherung für das 14. Monatsgehalt erweitert wurde. Wir sind bestrebt, das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Verwaltung und Personal mit Hilfe der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten so auszubauen, daß die Gemeindeverwaltung bei ihrer Absicht, das denkbar Beste für die Gesamtbevölkerung zu leisten, sich auf das Personal der Gemeinde Wien stützen und verlassen kann.

Wenn ich nun in der Lage war, Ihnen meine Damen und Herren, und allen unseren Mitbürgern, in knapper Form über eine so erfolgreiche Tätigkeit des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung zu berichten, so bin ich mir bewußt, daß, noch aus der Vergangenheit herrührend, eine Reihe von Aufgaben ungelöst bleiben mußte und daß in der Zwischenzeit neue Bedürfnisse geboren wurden, deren Lösung wir ebenfalls noch in Angriff zu nehmen haben. Die Feststellung, daß uns nicht alles gelungen ist, soll aber unsere Freude an dem Erreichten nicht schmälern, aber unseren Eifer für die Zukunft vergrößern. Freuen wir uns, daß die Spuren des Krieges und der Besetzung nicht mehr das Bild unserer Stadt beherrschen, sondern daß wir an allen Ecken und Enden

die Zeugnisse des rastlosen, zielbewußten und energischen Aufbaues sehen können. Wenn ich Ihnen bildhaft den Unterschied zwischen dem Jahre 1955 als Beginn und Ausgangspunkt dieser Wahlperiode und dem Jahre 1959 als ihrem Ende darstellen könnte, dann würde ich Ihnen sagen: Denken Sie sich alles weg, was in diesen fünf Jahren an Schöpfungen entstanden ist. Denken Sie die 26.000 Wohnungen weg und alle neuen Einrichtungen für jung und alt. Streichen Sie aus Ihrem Gedächtnis die Opernpassage, den Südtiroler Platz, die Ringturmkreuzung und den Praterstern. Vergessen Sie das Jugendgästehaus und den Reservegarten in Hirschstetten, das Theresienbad und das neue Bad am Laaer Berg, die Sonderschule für körperbehinderte Kinder und die Hafnbrücke in Albern, und stellen wir uns vor, daß wir keine Stadthalle, kein Historisches Museum und keinen Wasserspeicher haben. Dann haben wir uns im Geiste in das Jahr 1955, an den Beginn dieser Arbeitsperiode zurückversetzt. Und so wird uns vielleicht bewußt, um wieviel reicher und schöner unsere Stadt geworden ist, wieviel an neuen Erlebniswerten wir unserer Bevölkerung durch diese Schöpfungen und durch das weitere Aufblühen unserer kulturellen und volksbildnerischen Einrichtungen geben konnten. Es wird uns aber auch bewußt, zu welch großen Erfolgen die Verantwortungsbereitschaft unserer Mitbürger und ihre Liebe zu unserer Heimatstadt Wien geführt hat.

Da nun die fünfjährige Wahlperiode zu Ende geht, danke ich im Namen des Wiener Gemeinderates allen unseren Mitbürgern für ihre Mitarbeit, für ihr Verständnis und für ihre Verantwortungsfreudigkeit und bitte sie, diese schönen Eigenschaften nie verkümmern zu lassen. Den Damen und Herren der Presse danke ich für ihre Mitarbeit und für ihre Hilfe, die Verwaltungsprobleme unserer Millionenstadt ihren Lesern immer wieder darzustellen. Die Presse erweist sich dadurch als wertvolles Bindeglied zwischen Bevölkerung und Rathaus.

Ihnen, meine sehr geehrten Mitglieder des Gemeinderates, danke ich als Bürgermeister, weil Sie nach bestem Wissen und Gewissen und mit dem vollen Einsatz Ihrer Person für die Interessen unserer Stadt und der Wiener Bevölkerung gewirkt haben. Ich wünsche Ihnen, daß Sie das gleiche Gefühl empfinden mögen, das mich am heutigen Tage bewegt: Glückliche zu sein, daß es uns vergönnt ist, in dieser arbeitsreichen und mit so großen und dauernden Schöpfungen ausgezeichneten Periode des Wiener Gemeinderates mitarbeiten zu dürfen!"

Wiener Sommerkonzerte
 =====

Montag, 20. Juli

17.00 Uhr, 3, Oberer Belvedere-Garten (Zutritt frei)
 (bei Schlechtwetter am Dienstag)

3. Konzert: Wiener Konzertorchester, Dirigent: Othmar Rauscher

Friedrich von Flotow: Ouverture zur Oper "Alessandro Stradella"

Joseph Lanner: "Die Romantiker", Walzer

Nico Dostal: Potpourri aus der Operette "Monika"

Johann Strauß (Sohn): "Tritsch-Tratsch", Schnellpolka

Ernst Fischer: "Treffpunkt Wien", Ouverture

Giulio de Micheli: "Küsse im Dunkeln", Serenade

Karl Pausperl: "O, bella Senorita", spanischer Marsch

Carl Michael Ziehrer: "Wiener Bürger", Walzer

Noac-Weninger: "Heinzelmannchen-Wachtparade", Intermezzo

Josef Rixner: "Frohes Wochenende", Paso doble

Dienstag, 21. Juli

17.30 Uhr, 15, Märzpark (Zutritt frei)

Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 21, Wasserpark (Zutritt frei)

Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke

20.00 Uhr, Palais Rasumofsky (Sitzplätze 20, 30 und 40 Schilling)

9. Abendkonzert:

Wiener Kammerorchester

Dirigent: Paul Angerer

Musik am Hofe Maximilians I.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
 =====

17. Juli (RK) Montag, den 20. Juli, Route 3 mit Besichtigung der Grünflächen am Kai, des Karl Marx-Hofes, der Heimstätte für alte Menschen in der Boschstraße sowie anderer städtischer Einrichtungen und Wohnhausanlagen im 17., 18. und 19. Bezirk.

Abfahrt um 14 Uhr vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2.

- - -

Wiener Landtag

=====

17. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute mittag zur voraussichtlich letzten Sitzung dieser Legislaturperiode zusammen. Von der ÖVP lag ein Antrag vor betreffend "die Gleichstellung der Wiener Landeskinderpädagoginnen mit den 3 Lehrkräften". Der Vorsitzende teilte mit, daß die Wiener Landesregierung die Gemeindevahlordnung mit den bisherigen Novellen im Landesgesetzblatt für Wien als "Wiener Gemeindevahlordnung 1959" wiederverlautbart hat.

Helene Potetz - Dritter Präsident

Hierauf wurde an Stelle von Rudolf Sigmund die Abgeordnete Helene Potetz (SPÖ) mit den Stimmen der beiden großen Parteien zum dritten Präsidenten des Wiener Landtages gewählt.

16. Dienstrechtnovelle beschlossen

Stadtrat Riemer (SPÖ) referierte über die 16. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien. Er wies darauf hin, daß auch diese Novelle wie die meisten anderen durch ein Bundesgesetz ausgelöst wurde. Das Bundesgesetz hat einige Verbesserungen der Dienstordnungsbestimmungen gebracht und wurde im allgemeinen von der Gemeinde Wien übernommen. Der Referent berichtete hierauf über die wichtigsten Änderungen. So können Ruheständler, die vor dem 60. Lebensjahr in Pension gegangen sind, wieder zur Dienstleistung herangezogen werden, wenn sie dazu in der Lage sind. Eine Verbesserung der Abfertigungsbestimmungen für weibliche Bedienstete sieht statt bisher höchstens 24 Monatsbezüge nunmehr 37 Bezüge vor. Weitergehend als im Bundesgesetz soll die Kinderzulage bzw. die Haushaltszulage nun auch unverheirateten Müttern gewährt werden. Schließlich sieht die Novelle noch Verbesserungen bei den Beförderungsbestimmungen vor.

Abgeordneter Maller (VO) kritisiert, daß die Vorlage den Abgeordneten erst sehr spät zum Studium vorgelegt wurde. Im übrigen meint er, daß die Novelle viele Verschlechterungen mit sich bringt und führt dafür Beispiele an. Er stellt schließlich den Antrag, der Landtag solle die zuständigen Stellen des Magistrates auf-

fordern, das Dienstrecht mit verschiedenen Verbesserungen zu versehen und die Vorlage dem Landtag zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Stadtrat Riemer sagt in seinem Schlußwort, daß von Verschlechterungen keine Rede sein könne. Es handle sich dabei vielmehr um Maßnahmen zum Schutz der Bediensteten vor den wenigen, die Mißbrauch mit ihrer pragmatischen Stellung treiben. Im übrigen kündigte der Referent an, daß bereits an einer Neuverlautbarung des Dienstrechtes gearbeitet wird.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Der Antrag der VO wird mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Wiener Verfassung mit neuen Wertgrenzen

Hierauf wurde gemäß dem Referat von Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) einhellig eine Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien beschlossen. Durch die Änderung werden die Wertgrenzen hinsichtlich der Zuständigkeit einzelner Organe zu Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen erhöht. Dadurch soll der Geldwertänderung Rechnung getragen und übergeordnete Organe von einer sachlich nicht gerechtfertigten Belastung befreit werden.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

17. Juli (RK) Nach der Landtagssitzung eröffnete Bürgermeister Jonas die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Im Eingang befanden sich 13 Anträge, davon zehn der VO und drei der ÖVP.

Die Gemeinderäte Maller (VO) und Genossen haben einen Antrag betreffend Ersatz alter Autobusse durch neue eingebracht, die Gemeinderäte Karger (VO) und Genossen beantragen "Anschaffung von zwei Autobussen zur Einrichtung eines Autobuspendelverkehrs zwischen Neumayrgasse und Spetterbrücke". Von den Gemeinderäten Hausner (VO) und Genossen liegt ein Antrag betreffend den "Bau von Straßenunterführungen im 21. und 22. Bezirk", ein Antrag betreffend den "Anschluß von Wohnhäusern in den Siedlungen Klee-häufel und Espermais an das Stromnetz der Wiener Elektrizitätswerke" sowie ein Antrag betreffend die "Ausgestaltung des Geländes bei der Rehlacke im 22. Gemeindebezirk vor. Die Gemeinderäte Karger (VO) und Genossen haben ferner einen Antrag auf "Errichtung eines Kinderspielplatzes in der Mareschsiedlung im 15. Bezirk" eingebracht. Weitere Anträge der Gemeinderäte Hausner (VO) und Genossen betreffen die "Festlegung der Flächenwidmung für das Gebiet am Biberhaufen im 22. Wiener Gemeindebezirk als Siedlungsgebiet" sowie "Erleichterungen bei Umbauten und Aufstockungen von Althäusern zwecks Modernisierung der Wohnungen". Schließlich beantragen die Gemeinderäte Karger (VO) und Genossen die "Gewährung zinsenloser Kredite für Modernisierungsarbeiten in Wohnungen der Althäuser Wiens" und "Schaffung eines Reparaturfonds zur Instandsetzung und Modernisierung der Althäuser".

Von den Gemeinderäten Schmied (ÖVP) und Genossen liegt ein Antrag betreffend die "Einführung des freien Eintrittes an Sonntagen in die städtischen Museen, Sammlungen und Gedenkstätten" vor. Die Gemeinderäte Nora Hiltl (ÖVP) und Genossen haben zwei Anträge eingebracht, und zwar betreffend die "öffentliche Ausschreibung der Stelle des Direktors des Konservatoriums der Stadt Wien" und betreffend "eine Subvention für die Kirche Maria am Gestade".

Rudolf Sigmund - Amtsführender Stadtrat für Allgemeine
Verwaltungsangelegenheiten

Hierauf erfolgte die Neuwahl eines Stadtrates für die durch die Berufung des bisherigen Stadtrates der Verwaltungsgruppe XI, Josef Afritsch, zum Bundesminister für Inneres vakant gewordene Funktion. Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wurde Gemeinderat Rudolf Sigmund zunächst zum Stadtrat und nach seiner zwischen- durch erfolgten Nominierung durch den Stadtsenat zum Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, gewählt. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Rudolf Sigmund wurde am 25. August 1903 in Wien geboren. Er stammt aus einer Eisenbahnerfamilie und ging zuerst in Lienz in Osttirol und dann in Wien zur Schule. Er erlernte das Mechanikergewerbe und besuchte noch während der Lehrzeit neben der Gewerbeschule verschiedene Wirtschaftsschulen in Abendkursen. Durch Übernahme von Nacharbeit verdiente er sich das Schulgeld für die Staatsgewerbeschule, die er im Anschluß an seine Lehrzeit absolvierte.

Im Jahre 1921 wurde Rudolf Sigmund Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Er übernahm verschiedene höhere Gewerkschaftsfunktionen, wurde 1926 Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft und 1928 auch Redakteur der Metall- und Bergarbeiterzeitung.

Im Februar 1934 wurde Rudolf Sigmund gemäßregelt und entlassen. Schon zwei Monate später begann er sich aus kleinsten Anfängen eine neue Existenz als Transportunternehmer zu schaffen. Während des zweiten Weltkrieges stand Sigmund in enger Verbindung zu Mitgliedern und Funktionären der Widerstandsbewegung.

Seit April 1945 ist Rudolf Sigmund in der Gemeindeverwaltung tätig. Er wirkte zuerst als Bezirksvorsteher von Währing, wurde im November 1945 in den Gemeinderat gewählt und gehörte vom Februar 1946 bis Ende Juni 1948 dem Stadtsenat als Amtsführender Stadtrat für das Ernährungswesen an. Er gehörte stets zu den aktivsten Mitgliedern des Wiener Gemeinderates und wurde 1952 neuerlich Amtsführender Stadtrat, diesmal für das Personalwesen. Diese Funktion bekleidete er bis 1954. Darauf folgte seine Wahl zum 3. Präsidenten

des Wiener Landtages, welche Funktion er bis zu seiner nunmehrigen Wahl zum Amtsführenden Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten innehatte. Er ist auch Vizepräsident des Freien Wirtschaftsverbandes.

Dank an Stadtrat Afritsch

Nach Vollzug der Wahl dankt Bürgermeister Jonas Stadtrat Afritsch für sein langjähriges erfolgreiches Wirken für die Stadt Wien. Stadtrat Afritsch war seit April 1945 in ununterbrochener Folge Leiter der Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltung und seit Dezember 1945 Mitglied des Wiener Gemeinderates. In der schweren Zeit unmittelbar nach Kriegsende, als aus den Nachbarstaaten Österreichs zahllose Flüchtlinge und Vertriebene nach Wien strömten, hatte er die schwierige Aufgabe, über die Einbürgerung dieser vom Schicksal hart getroffenen Menschen zu entscheiden. Es ist sein Verdienst, daß dabei unter aller Wahrung der Interessen der Stadt Wien nicht nur nach sachlichen Gesichtspunkten vorgegangen wurde, sondern stets versucht wurde, eine Lösung im Sinne der Menschlichkeit und des Verständnisses für die besonderen Umstände der einzelnen Fälle zu finden. Auf diese Weise wurde vielen zehntausenden Menschen, die ihre frühere Heimat verlassen mußten, die Möglichkeit gegeben, ein neues Leben aufzubauen. Bei der organisatorischen Lösung dieser so umfangreichen Aufgabe kamen Stadtrat Afritsch die Erfahrungen zustatten, die er in den Jahren seines früheren Wirkens als Bediensteter der Gemeindeverwaltung sammeln konnte.

Besonderes Geschick hatte Stadtrat Afritsch bewiesen, als es ihm gelang, die durch die Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit so große Zahl von Betrieben, Unternehmungen und sonstigen Vermögenswerten, die unter der Leitung von politisch untragbaren Personen standen, dem Wiener Wirtschaftsleben durch die Einsetzung einer öffentlichen Verwaltung zu erhalten. Mit der Konsolidierung der Wirtschaft konnten die öffentlichen Verwalter nach und nach abberufen werden, sodaß jetzt nur mehr das sogenannte Deutsche Eigentum unter öffentlicher Verwaltung steht. Durch das erfolgreiche Wirken von Stadtrat Afritsch auch auf diesem Gebiet wurde der Wirtschaft ein großer Dienst erwiesen und es konnte der Anschluß an die normalen Verhältnisse der Friedenszeit ermöglicht werden.

Eine weitere Aufgabe, die Stadtrat Afritsch in seinem Wirkungsbereich in vorbildlicher Weise zu lösen verstand, war die Organisation der Wahlen. Die stets einwandfreie Abwicklung der Wahlen in Wien ist ein Beweis für die hervorragende Tätigkeit auf diesem Gebiete. Besonderes Interesse zeigte Stadtrat Afritsch immer für die Wiener Feuerwehr, die gleichfalls in den Amtsbereich dieses Ressorts fällt. Ihm ist es zu danken, daß der Fahrzeugbestand grundlegend erneuert wurde und die Wiener Feuerwehr so leistungsfähig geworden ist. Sie verfügt für alle Katastrophenfälle über die modernsten Geräte.

Bei den Grundkäufen für die Stadt Wien legte Stadtrat Afritsch besonderes Augenmerk darauf, den Erfordernissen des sozialen Wohnbauprogrammes und der modernen Stadtplanung Rechnung zu tragen. Es gelang ihm, den Bedarf der Stadt Wien an Baugründen und an Grünflächen für die Erholung und Entspannung der Bevölkerung zu sichern. Seine Funktion als Stadtgartendirektor und sein Bestreben, Wiens Grüngürtel zu erhalten und zu erweitern, waren dabei besonders maßgebend.

Das ebenfalls Stadtrat Afritsch unterstandene Statistische Amt der Stadt Wien konnte die statistischen Unterlagen in einer Weise vorlegen, daß diese eine wertvolle Grundlage für alle Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zum Wohle unserer Heimatstadt bilden.

Alles in allem hat sich Stadtrat Afritsch in den langen Jahren seiner Amtstätigkeit als hervorragender Verwaltungsfachmann erwiesen, dessen Verdienste auch von der Republik Österreich durch die im Jahre 1957 erfolgte Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens anerkannt wurden. Bürgermeister Jonas dankt Stadtrat Afritsch für seine ausgezeichneten Leistungen im Dienste der Gemeindeverwaltung. Es sei eine große Ehre, daß er als Wiener Stadtrat zum hohen Amt des Innenministers berufen wurde. Die Wiener Stadtverwaltung gratuliere Stadtrat Afritsch herzlichst zu seinem neuen Rang als Bundesminister und wünscht ihm, daß er in seinem neuen Wirkungskreis ebensolche Erfolge erzielen möge wie als Wiener Stadtrat. Er möge auch auf seinem neuen Posten stets Verständnis für die Probleme unserer Heimatstadt Wien zeigen. (Unter lebhaftem Beifall begibt sich Innenminister Afritsch zu Bürgermeister Jonas, um sich für die herzlichen Worte zu bedanken und zu verabschieden).

Es erfolgt sodann die Wahl eines Mitgliedes des Gemeinderatausschusses XI. Stadtrat Sigmund wurde ohne die Stimmen der VO als Mitglied dieses Ausschusses gewählt. Da Stadtrat Sigmund seine Stellen als Mitglied der Gemeinderatsausschüsse X (Wirtschaftsangelegenheiten) und XII (Städtische Unternehmungen) zurückgelegt hat, wird GR. Jodlbauer (SPÖ) als Mitglied des Gemeinderatsausschusses X und GR. Dipl. Ing. Witzmann (SPÖ) als Mitglied des Gemeinderatsausschusses XII ohne die Stimmen der VO gewählt.

Zum Bericht des Kontrollamtes über das Geschäftsjahr 1958

Vizebürgermeister Slavik nimmt sodann zum Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über die Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1958 Stellung. Aus diesem Bericht seien überaus interessante Hinweise auf die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung und ihrer Betriebe zu entnehmen. Die aufgezeigten Bemängelungen beziehen sich nur auf einen ganz geringen Teil der Verwaltungstätigkeit. Es ist jedoch selbstverständlich, daß eine Verwaltung mit 50.000 Angestellten sehr viele Agenden zu führen hat und hin und wieder kleine Mängel zu finden sind, die aufgezeigt und dadurch beseitigt werden sollen.

Das Kontrollamt stellte fest, daß der Jahresabgang 1958 auf 139 Millionen Schilling angestiegen ist. Es stellt aber gleichzeitig fest, daß dieser ausgewiesene Abgang auf einige außerordentliche Finanzgebarungen zurückzuführen ist. Hierzu gehören die zu Lasten der eigenen Kassenbestände gewährten Darlehen von 83,4 Millionen Schilling an den Bund zum Ankauf des Grand Hotels für die Atombehörde, und von 65 Millionen Schilling an die Österreichischen Bundesbahnen im Rahmen des Ausbaues der Schnellbahn. Ferner wurde der Erfolg des Jahres 1958 dadurch beeinflusst, daß die Stadt Wien zugunsten der gemeinnützigen Bauvereinigungen und der sonstigen privaten Darlehenswerber auf die mit 50 Millionen Schilling veranschlagten Darlehen und Zuschüsse verzichtete, die ihr nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 für eigene Förderungsbauten zustünden. Auch eine rein rechnungsmäßige Ausgabe von 42 Millionen Schilling für die vom Rechnungshof empfohlene Übernahme der bisher durch-

laufend verrechneten schließlichen Lagerwarenvorräte der zentralen Beschaffungsstellen in die reelle Gebarung ist zu berücksichtigen. Ohne diese Beträge ergäbe sich für das Berichtsjahr nicht nur kein Abgang, sondern sogar ein Gebarungsüberschuß von 100,6 Millionen Schilling. Vizebürgermeister Slavik stellt fest, daß die Gemeindeverwaltung auch im abgelaufenen Jahr sparsam und so zweckmäßig wie möglich gewirtschaftet hat.

Das Kontrollamt stellte ferner fest, daß das Verhältnis der Einnahmen aus eigenen Steuern und Abgaben, aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und aus Betriebsleistungen, Gebühren usw. untereinander sowie zu den Gesamteinnahmen in den letzten Jahren fast unverändert blieb. Hinsichtlich der Ausgaben im Jahre 1958 gibt der Wahrnehmungsbericht darüber Aufschluß, daß der Personalaufwand im Berichtsjahr um 32,47 Millionen Schilling und der Sachaufwand um 497,11 Millionen Schilling mehr erforderte als im Vorjahr. Bei fast gleichgebliebenen Hauptbezügen ist der Personalmehraufwand durch Anwachsen der Nebengebühren und der Ruhe- und Versorgungsbezüge sowie durch die Gewährung von Jubiläumsgaben entstanden. Der Sachmehraufwand wurde vornehmlich durch größere Darlehenstransaktionen und durch einige im Finanzausgleich begründete Gebarungen hervorgerufen.

Das Kontrollamt verweist auch auf die schwere Belastung, die die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten bilden, deren Gesamtausgaben im Berichtsjahr mit 898,94 Millionen Schilling rund 20 Prozent der Gesamtausgaben des Haushaltsjahres 1958 betragen.

Der Bericht des Kontrollamtes beschäftigt sich auch mit der finanziellen Lage der Wiener Stadtwerke zu Beginn des Berichtsjahres. Es stellt fest, daß sich die Tarifregelung günstig ausgewirkt hat, es werde aber notwendig sein, durch Frequenzsteigerungen vermehrte Einnahmen zu erzielen. Innerbetriebliche Maßnahmen sollten Einsparungen ermöglichen. Im Baugewerbe habe die anhaltende Konjunktur zu Preissteigerungen von 5 bis 7 Prozent geführt. Die Konjunktur im Baugewerbe hatte die unerwünschte Nebenerscheinung, daß die von der Stadt Wien für Bauzwecke zur Verfügung gestellten Mittel nicht voll ausgeschöpft werden könnten, weil zu wenig Bauarbeiter vorhanden waren.

Im übrigen vermerkt der Bericht bei den einzelnen besprochenen Dienststellen des Magistrates, des Stadtbauamtes und der städtischen Unternehmungen die festgestellten Mängel, Ordnungswidrigkeiten und Unzukömmlichkeiten sowie die zu deren Abstellung unternommenen Schritte. Er regt an, die einzelnen Werkstätten auf das notwendige Ausmaß einzuschränken und von den Werkstätten nur Arbeiten durchführen zu lassen, die sich auf die Instandhaltung der Inventargegenstände und auf Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden zu beschränken.

Nach den Ausführungen des Kontrollamtes haben sowohl die Magistratischen Dienststellen als auch die Direktionen der städtischen Unternehmungen und die Organe der gemeinwirtschaftlichen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe den erfolgten Bemängelungen durchwegs verständnisvolle Beachtung geschenkt und waren in ihrem Wirkungsbereich bemüht, durch geeignete Maßnahmen den angestrebten Erfolg zu erzielen.

GR. Lauscher (VO) nimmt zu den Wahrnehmungen des Kontrollamtes Stellung. Er verweist besonders darauf, daß vom Kontrollamt die Verringerung in der Bettenzahl der Altersheime festgestellt wurde. Er spricht über die Auswirkungen dieser Bettenverringerung, durch die es vielen alten Leuten unmöglich gemacht wird, in einem Altersheim unterzukommen und verlangt den Neubau von Altersheimen. Auch auf dem Spitalssektor dürfe es nicht vorkommen, daß durch Modernisierungen der Bettenstand verringert werde.

Der Redner kritisierte dann die Erhöhung von Gebühren an der Poliklinik und sagte, daß deren Kieferstation unter unmöglichen Verhältnissen untergebracht ist.

Ferner befaßte er sich mit der Feststellung des Kontrollamtsberichtes, daß eine Verminderung des Umfanges des sozialen Wohnhausbaues zugunsten des Genossenschaftsbaues erfolgte, und forderte, daß die Förderung des Genossenschaftsbaues nicht auf Kosten des sozialen Wohnhausbaues gehen dürfe. Wünschenswert wäre weiter, daß das Bauamt die Vorschläge des Kontrollamtes bezüglich einer ökonomischeren Bauweise ehebaldigst berücksichtigt. Ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz wäre eine wichtige Voraussetzung für ein rationelleres und billigeres Bauen. Wir knüpfen an die neue Bundesregierung die Erwartung, daß so ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz bald im Nationalrat verabschiedet wird. Der Kontrollamtsbericht mußte auch Kritik an den Aufgrabungen neuhergestellter

Straßen üben.

Als irreführend bezeichnet der Redner die Ausführungen und das Verlangen des Kontrollamtes nach stärkerer Anpassung der Gebühren und Tarife an die allgemeine Entwicklung der Preisverhältnisse. Man dürfe nicht den technischen Fortschritt auf diesem Gebiete übersehen. Außerdem könne es nicht Grundsatz der Gemeinde Wien sein, ihre Tarife und Preise der Preisentwicklung auf dem kapitalistischen Sektor anzupassen. Es müßte der Ehrgeiz dieses Hauses, besonders seiner Mehrheit sein, auf dem Gebiete der Tarif- und Preispolitik vorbildlich zu sein, ein Beispiel dafür zu sein, daß es mit niedrigeren Tarifen und Preisen geht. Die Gemeinde hat hier die sehr ernste Aufgabe, die Interessen der Arbeiter und Angestellten in Wien wahrzunehmen, sie hat ein Beispiel zu sein im Kampf gegen die Politik der kapitalistischen Preistreiber.

In seinem Schlußwort verwies Vizebürgermeister Slavik darauf, daß in der Betreuung alter Menschen neue Wege beschritten wurden, daß sie jetzt nicht nur in Altersheimen untergebracht werden, sondern auch in eigens für sie erbauten Wohnungen, damit sie mit der Jugend und den andern Menschen noch bis ins hohe Alter in Verbindung bleiben können. Außerdem können die Erfordernisse erst erfüllt werden, wenn sie sich ergeben. Niemand konnte das rasche prozentuelle Ansteigen der Zahl der bettlägerigen und das rasche Abfallen der Zahl der gehfähigen alten Menschen voraussehen. Dadurch wurden wohl Spitalsbetten weggenommen. Aus dem Kontrollamtsbericht geht aber auch hervor, daß in den Spitälern alles unternommen wurde, um diesen Ausfall an Betten durch Umbauten und Renovierungen zu reduzieren. Der bevorstehende Ausbau des Wilhelminenspitales wird zunächst auf Jahre einige Erleichterungen bringen.

Was den Wohnungsbau anlangt, so stellt das Kontrollamt ausdrücklich fest, daß die zur Verfügung stehenden Gelder nicht ausgenutzt werden konnten, weil nicht genug Arbeitskräfte vorhanden waren. Die einzige Möglichkeit wäre, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen, sagte der Referent, aber er glaube nicht, daß man damit einverstanden wäre. Gemeinderat Lauscher verlangt einen Mietzins von einem Schilling für die Gemeindewohnungen. Der Referent erinnerte den Debattenredner jedoch daran, daß der Zins in der ersten Republik 55 Groschen pro Quadratmeter ausgemacht habe. Er wolle es nicht wagen, diesen Betrag nach dem Index umzurechnen.

Vizebürgermeister Slavik verwies auch darauf, daß selbst in der ersten Republik, in einer Zeit der Krise viele Menschen den genossenschaftlichen Wohnungsbau den Mietwohnungen vorgezogen haben. Es sei daher heute, wo es praktisch keine Arbeitslosen gibt, nur selbstverständlich, daß der Wunsch nach einem Eigenheim größer geworden ist.

Was die Tarife bei den Unternehmungen anlangt, so sei es Aufgabe des Kontrollamtes auf die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke hinzuweisen. In welcher Form aber die Sanierung durchgeführt werden soll, das ist Aufgabe des Wiener Gemeinderates. Der Referent stellte jedoch nachdrücklich fest, daß es noch nie die Gewohnheit dieses Hauses war, vor den Wahlen eine andere Politik als nachher zu machen.

Die 45-Stunden-Woche hat den Stadtwerken neuerlich schwere Belastungen gebracht, und auch im nächsten Jahr sind neue Belastungen durch die Auszahlung des vierzehnten Monatsbezuges zu erwarten. Es wird Aufgabe der Stadtwerke sein, diese Belastungen durch wirtschaftliche Führung der Unternehmungen aufzufangen.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Kontrollamtes einstimmig zur Kenntnis genommen.

Neue Schwesternschule ohne Internat

Gemeinderat Pfösch (SPÖ) referierte über die Errichtung einer Krankenpflegeschule im Franz Josefs-Spital. Die Stadt Wien bildet gegenwärtig jährlich 200 Pflegerinnen in vier Schulen aus. Trotzdem ergibt sich immer noch ein Mangel an geschultem Pflegepersonal. Die Stadtverwaltung hat sich daher bemüht eine fünfte Schule zu errichten, die sich von den bestehenden vor allem dadurch unterscheidet, daß sie nicht als Internat geführt wird, sondern die Schülerinnen zu Hause wohnen können. 50 Schülerinnen sollen in der neuen Schule aufgenommen werden.

Gemeinderat Dr. Eberle (ÖVP) begrüßte die beabsichtigte Errichtung der Schwesternschule, bemängelt jedoch die Unterbringung, die in einem alten Haus erfolgen soll, das seiner Ansicht nach nicht mehr geeignet ist. Man sollte besser eine neue moderne Schule errichten. Der Redner meldet auch Bedenken gegen die externistische Führung der Schule an. Dies wurde im Ausland schon versucht, das Ergebnis war aber nicht befriedigend. Die Mädchen sollen ja nicht nur theoretischen Unterricht haben; gerade für die Schwesternschülerin ist das Einleben in die Gemeinschaft unbedingt notwendig.

Nicht das Internat schreckt die Mädchen davon ab Krankenpflegerin zu werden, sondern die schlechte Bezahlung und die schwierigen Arbeitsbedingungen. Die Schwestern müssen heute oft Arbeiten verrichten, die ihnen absolut nicht zustehen. Der Redner fordert daher mehr Bedienungspersonal für die Krankenhäuser. Ferner ist die Frage der Urlaubsvertretungen absolut unbefriedigend gelöst und ebenso das Wohnungsproblem der Schwestern.

Gemeinderat Pfösch sagte in seinem Schlußwort, daß über die von dem Debattenredner aufgeworfenen Probleme bereits bei der Budgetdebatte gesprochen worden ist. Bei der Einrichtung der neuen Schwesternschule handle es sich um ein Experiment. Er glaube jedoch, daß man mit dieser fünften Schule die Möglichkeit haben werde, zusätzliche Kräfte dem Pflegeberuf zuzuführen, und das ist letzten Endes Sinn und Zweck seines Antrages.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Umbau der Schottentorkreuzung

Stadtrat Heller (SPÖ) referiert einen Antrag auf grundsätzliche Genehmigung für den Umbau des Schottentores. Er sei glücklich, so sagte der Stadtrat, daß er heute das Projekt dem Gemeinderat zur grundsätzlichen Genehmigung vorlegen könne.

Er verwies darauf, daß sieben große Zubringerstraßen den Verkehr zum Schottentor bringen, daß diese Kreuzung stündlich fast 5.000 Kraftfahrzeuge und 162 Straßenbahnzüge passieren, und hebt hervor, daß es gelungen ist, für dieses schwierige Stück die richtige Lösung zu finden. Im einzelnen verwies der Referent darauf, daß vor der Votivkirche eine Art Kreisverkehr entstehen wird, daß die Grünflächen weitestgehend erhalten bleiben und noch verschönert werden, die Endstelle der Straßenbahnlinie 38, 39 und F unterirdisch angelegt werden, daß eine Fußgängerpassage gebaut wird und es den Benützern der Straßenbahnlinien möglich sein wird, sehr leicht und gefahrlos von den Radiallinien auf die Ringlinien umzusteigen.

Gemeinderat Hausner (VO) erklärte, daß seine Fraktion jedes Bauvorhaben auf dem Gebiet des Verkehrswesens begrüße, meinte aber, daß viele Schwierigkeiten nicht mehr bestehen müßten, wenn die Stadtverwaltung schon früher mehr Initiative in dieser Richtung gezeigt hätte. Insbesondere bemängelte er, daß die Großzügigkeit

bei Umbauten höchstens bis zum Gürtel reiche. Man werde den Eindruck nicht los, daß man bei der Lösung bestehender Verkehrsschwierigkeiten nicht nach dem Grad der Dringlichkeit vorgehe, sondern mehr einer gewissen Schaufensterpolitik Rechnung trage. Er führte im Detail einzelne Wünsche für die Außenbezirke an, so nach Unterführung der Brünner Straße und der Erzherzog Karl-Straße. In einem Resolutionsantrag forderte er, der Schaffung von gesicherten Fußgeherübergängen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und Pläne für die Errichtung neuer Signalanlagen usw. vorzulegen, wobei die Errichtung solcher Anlagen nicht auf die Innenbezirke beschränkt werden soll.

GR. Schwaiger (ÖVP) gibt dem Projekt die Zustimmung seiner Fraktion, verweist jedoch darauf, daß gleichzeitig mit der Regulierung dieser Kreuzung auch die Enge Schottengasse-Freyung beseitigt werden müsse.

Grundsätzlich bemerkte der Redner weiter, man müsse immer wieder feststellen, daß mit einer Verkehrsebene nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Die Zahlen sprechen eine nüchterne Sprache. Die Stadtplanung hat eine Motorisierungsprognose aufgestellt, nach der 1960 die Zahl der Fahrzeuge 197.600 betragen wird und 1965 bereits 240.100. In 20 bis 25 Jahren ist eine Verdoppelung des Verkehrs zu erwarten.

Gemeinderat Schwaiger erinnert an eine Empfehlung der Verkehrsenquete, in der es heißt, daß durch die Neuorganisation des Straßenraumes eine Leistungssteigerung bis 200.000 Fahrzeuge erzielt werden kann. Wenn diese Zahl überschritten wird, besteht die Gefahr einer Verstopfung der Straßen. In diesem Zeitraum müßten Expressstraßen zur Entlastung gebaut werden. Darüber hinaus sei eine weitere Leistungssteigerung nicht mehr möglich. Die Autofahrer müßten veranlaßt werden, von einem gewissen Punkt aus Verkehrsmittel in zweiter Ebene zu benutzen.

Damals hat man vielleicht darüber gelächelt. Heute weiß man, daß 200.000 Fahrzeuge spätestens im Jahre 1962 durch Wien rollen werden. Dann wird man dem Gemeinderat den Vorwurf machen, nicht Weitblick genug gehabt zu haben. Der Redner erneuerte daher seine Forderung nach raschester Inangriffnahme einer zweiten Verkehrsebene. Was wir heute tun, sind halbe Lösungen, die der Bevölkerung Millionen kosten. Das letzte Argument der Sozialisten gegen die zweite Verkehrsebene sind immer wieder die hohen Kosten.

Sicher wird der Bau der zweiten Verkehrsebene eine schwere Belastung mitsichbringen, aber das immer größere Verkehrschaos wird uns unserer Wirtschaft einen viel größeren Schaden zufügen. Es ist in den letzten Jahren doch auch möglich gewesen, weit mehr als 250 Millionen Schilling für den Bau der Stadthalle aufzubringen. An ihrer Stelle hätten wir schon ein ganz schönes Stück der zweiten Verkehrsebene beginnen können. Oder: Man hat der Bundesbahn 600 Millionen Schilling zum Bau einer Schnellbahn zur Verfügung gestellt mit Zugintervallen von eineinhalb Stunden, die außerdem am Rand unserer Stadt verkehrt.

Wo ein Wille ist, so schließt Gemeinderat Schwaiger seine Ausführungen, da ist meist auch ein Weg. Noch fehle der Mehrheit des Hauses der Wille und daher ist auch kein Geld vorhanden. Die Entwicklung wird aber auch die Mehrheit dieses Hauses zu der Überzeugung der ÖVP bekehren. Hoffentlich läßt diese Bekehrung nicht allzulange auf sich warten, auf daß es nicht zu spät für Wien und seine Bevölkerung sein werde. (Beifall bei der ÖVP)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) stellt fest, daß lange um die Lösung des Verkehrsproblems beim Schottentor gerungen worden ist. Vor allem der Fußgänger mußte in den Vordergrund der Betrachtungen gestellt werden. Auch das Überqueren des Ringes durch die Straßenbahn sollte verhindert werden. Im Jahre 1958 gab es an der Schottentorkreuzung 20 Unfälle mit Personenschaden und 30 Unfälle mit erheblichem Sachschaden. Im selben Zeitraum gab es bei der Kreuzung Babenbergerstraße - Ring 15 Unfälle mit Personenschaden und 28 Unfälle mit Sachschaden.

GR. Schwaiger habe auch heute die Forderung nach dem Bau einer U-Bahn erhoben. Dazu muß gesagt werden, daß man in anderen Ländern vom Bau von U-Bahnen bereits wieder abgegangen ist. In Wien wäre zur Realisierung des U-Bahnbaues vor allen Dingen ein Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz notwendig. Leider war es in letzter Zeit so, daß die Grundstückspreise immer gigantisch stiegen, wenn die Gemeindeverwaltung ein Bauprojekt bekanntgab. Die Grundbesitzer sind in Wien gegenüber Fragen des öffentlichen Verkehrs taub. Der U-Bahnbau scheitert also nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch an dem Mangel der entsprechenden Assanierungsgesetze.

Als unrichtig bezeichnet der Redner die Ansicht des GR. Hausner, daß die Verkehrsplanung sich nur auf den Kern der Stadt erstreckt. Die Lösung des Problems Philadelphiabrücke hänge ausschließlich mit dem Schnellbahnbau zusammen. Auf der Lobkowitzbrücke könne eine Verkehrslösung erst mit dem geplanten Bau der Schnellstraße erfolgen. Das Problem Schottengasse scheiterte bisher gleichfalls an dem Fehlen eines Assanierungsgesetzes.

GR. Fürstenhofer stellt abschließend fest, daß die Mehrheit dieses Hauses auch in Hinkunft dafür sorgen wird, daß die Verkehrsprobleme dieser Stadt sachlich, richtig und wirtschaftlich tragbar gelöst werden.

Stadtrat Heller stellt im Schlußwort fest, daß die Gemeindeverwaltung seit 1945 auf dem Verkehrssektor sehr viel geleistet hat. Es wurden nicht nur große Umbauten im Zentrum der Stadt, sondern auch in den Außenbezirken vorgenommen. So wurde die Mariahilfer Straße umgebaut, die Wagramer Straße, die Simmeringer Hauptstraße, die Heiligenstädter Straße, die Thaliastraße, die Jörgerstraße, Triester Straße, der Gürtel usw. Darüber hinaus wurden nicht unbeträchtliche Mittel für den Ausbau der Siedlungsstraßen aufgewendet. Jährlich wurden allein für Siedlungsstraßen rund 12 bis 15 Millionen Schilling bereitgestellt. Verschiedene Verkehrsbauten konnten bis jetzt noch nicht durchgeführt werden, da sie im Zusammenhang mit anderen Planungen, zum Beispiel mit denen der Bundesbahnen, stehen. Der Umbau der Erzherzog Karl-Straße und der Bau einer Unterführung unter die Ostbahn sei zweifellos eine Sorge der Gemeindeverwaltung. Dort scheiterte eine Lösung bis jetzt an verschiedenen Grundschwierigkeiten und an den hohen Kosten. Eine Erleichterung der Verkehrsverhältnisse in diesem Gebiet wird durch den Bau der Hafenzufahrtsstraße eintreten, die einen Anschluß zur Erzherzog Karl-Straße hat. Man will die Auswirkungen dieser Maßnahme abwarten. Für die Beseitigung der Verkehrsenge Schottengasse werden bereits Projekte ausgearbeitet.

Zur Forderung nach dem Bau einer U-Bahn stellt Stadtrat Heller fest, daß seine Fraktion den U-Bahnbau nicht ohne Begründung ablehne.

Es müssen alle Vorschläge und Möglichkeiten im Interesse der Bevölkerung geprüft werden. Viele ausländische Fachleute stellten fest, daß eine historisch gewachsene Stadt, wie Wien es ist, sich für den Bau einer U-Bahn nicht eigne. Mit den Beträgen, die derzeit für den Bau von einem Kilometer U-Bahn angenommen werden, würde man in Wien keinesfalls auskommen. Stadtrat Heller verweist darauf, daß Wien im vergangenen Jahr einen Stadtplaner bestellt hat und dieser die Aufgabe übernahm, in den nächsten Jahren ein großes städtebauliches Konzept vorzulegen. Was hätte es also für einen Sinn, vor Fertigstellung dieses Projektes eine U-Bahn zu bauen. Mit der endgültigen Entscheidung in dieser Frage müsse man den Generalverkehrsplan und den Flächennutzungsplan abwarten. Eine wesentliche Erleichterung der Verkehrsverhältnisse wird die Inbetriebnahme der Schnellbahn zwischen Floridsdorf und Meidling bringen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten einstimmig angenommen. Der Antrag des GR. Hauser wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Wien bekommt moderne Müllverbrennungsanlage

Sodann legte Stadtrat Koci (SPÖ) den Antrag auf Errichtung einer Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig bei der Ameisbachzeile vor. Wie er ausführte, sind im Jahre 1958 in Wien 652.000 Kubikmeter Müll auf die Ableerplätze gebracht worden, was bei Vergleich mit früheren Jahren einer jährlichen Vermehrung von vier bis fünf Prozent gleichkommt. Soll eine sanitäre Katastrophe größten Ausmaßes vermieden werden, muß eine einwandfreie Beseitigung des Hauskehrichts auf Jahre hinaus sichergestellt sein. Die Magistratsabteilung 48 hat sich daher schon seit vielen Jahren mit diesem Problem beschäftigt und mit den Spezialisten der Schweizer Firma v. Roll die Projekte erstellt.

Als Standort wurde zwangsläufig der Westen der Stadt ins Auge gefaßt, da außer der günstigen Lage für den Kehrichttransport noch das Vorhandensein großer Wärmeverbraucher von maßgebender Bedeutung war. Die beiden großen Spitalgruppen Steinhof und Wilhelminenspital schienen von Anfang an für das geplante Vorhaben geeignet, und nähere Untersuchungen bestätigen das.

Da die hochentwickelte technische Ausrüstung einer modernen Kehrichtverbrennungsanlage praktisch jede ernste Belästigung der Umgebung ausschließt, konnte der Standort weitgehend nach wirtschaftlichen Erwägungen gewählt werden. Die Leistungsfähigkeit der Anlage wurde für rund 60 Prozent des Wiener Hauskehrichts, mit einer maximalen Tagesverbrennungsleistung von 600 Tonnen in 24 Stunden als zweckmäßig erkannt. Durchgeführte Wirtschaftlichkeitsberechnungen ergaben, daß aus dem Verkauf der Wärme die Betriebskosten und sogar eine bescheidene Amortisationsquote gedeckt werden können.

In der angebotenen Ausführung stellt die Hauskehrichtverbrennungsanlage Wien die modernste, hygienisch einwandfreieste und zugleich eine wirtschaftlich günstige Lösung der Kehrichtbeseitigung dar. Einschließlich der Eigenlieferungen und Eigenherstellungen durch die Stadt Wien ist mit einem voraussichtlichen Kostenerfordernis von 240 Millionen Schilling zu rechnen. Bei planmäßigem Baubeginn im Herbst 1959 ist mit der Betriebsaufnahme der Anlage im Frühsommer 1963 zu rechnen.

GR. Schwaiger (ÖVP) erklärte: Wir stellen uns absolut positiv zum Bau einer solchen modernen, allen Anforderungen entsprechenden Müllverbrennungsanlage und hoffen nur, daß es uns bei den Baukosten nicht so ergehe wie bei der Stadthalle. Auf keinen Fall können wir uns aber mit dem gewählten Standort dieses Bauvorhabens einverstanden erklären. Wien hat zu 90 bis 95 Prozent des Jahres ausgesprochenen Westwind. Der Westen Wiens ist also für die Errichtung einer großen Industrieanlage am ungeeignetsten. Wohl haben wir durch eine Reihe von Gutachten die Versicherung bekommen, daß keinerlei Geruch- und Rauchbelästigung entstehen kann. Auch den Anrainern der Biomüll wurden seinerzeit solche Gutachten unter die Nase gehalten, aber heute muß man feststellen, daß sie falsch sind.

Es gibt aber noch ein wesentlich wichtigeres Argument gegen diesen Standort für die geplante Müllverbrennungsanlage. Die Ameisbachzeile und der Flötzersteig sind ausgesprochene Kleingarten- und Erholungsgebiete der westlichen Wiener Bevölkerung. Mitten in die Grünfläche und die Kleingärten soll nun diese riesige Industrieanlage gebaut werden. Wir stellen damit die Grundthese jeder modernen Stadtplanung, die entschieden eine Entflechtung erstrebt, auf den Kopf.

Diese nicht abzuleugnende Tatsache hat wohl ein bißchen das Gewissen der sozialistischen Fraktion berührt. Aber man hat dafür bald ein kleines Pflaster bekommen: die Wirtschaftlichkeit. Da kommen wir nicht mit. Unter diesem Gesichtspunkt könnte man zur Verbesserung der Verkehrsfrage auch die Ringstraße abholzen, oder aus dem Volks- und dem Burggarten Parkplätze schaffen. Stadtplaner Professor Rainer hat im Zusammenhang mit dem Autobahnbau u.a. erklärt: Die Straße führt dann durch unverbautes Gelände südlich der Hansson-Siedlung mit Einfädelung in die Favoritenstraße und hier entsteht das erste neue Industriegebiet. Wäre es denn nicht zweckmäßig, in diesem Gebiet, das für die Industrie reserviert und von Wohnsiedlungen, Erholungsstätten und Kleingärten entflochten ist, unsere Müllverbrennungsanlage hineinzubauen? Durch die Müllverbrennung wird ungeheure Wärme erzeugt, die sich in Strom umsetzen läßt. Die dort anzusiedelnde Industrie würde diese Stromquelle freudig begrüßen.

Gemeinderat Schwaiger gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß dieses Projekt der städtischen Planungskommission bisher nicht vorgelegt wurde und förderte in einem Antrag die Absetzung der Vorlage von der Tagesordnung und die Zuweisung dieses Projekts an die Planungskommission zum Studium und zur Stellungnahme. (Beifall bei der ÖVP)

GR. Mistingher (SPÖ) verweist eingangs darauf, daß man sich nicht nur in Wien sondern in allen modernen Städten intensiv mit der Müllbeseitigung beschäftigt. Wir sollen nun heute eine Müllverbrennungsanlage beschließen, die nicht nur modern sondern vor allem auch hygienisch ist. Selbstverständlich gab es, als man den Standort aussuchte, bei den Anrainern gewisse Bedenken. Wir haben uns mit den Leuten auseinandergesetzt, und ich glaube, es gibt in Wien keine Anlage, vor deren Errichtung die Menschen der Umgebung so sehr befragt wurden wie in diesem Fall.

Der Redner betont auch nachdrücklich, daß die Leute, die in die Schweiz geschickt wurden, um dort die Verbrennungsanlage zu besichtigen, von der sozialistischen Gemeinderatsfraktion und auf deren Kosten geschickt wurden. Der Redner fragt, ob einer der Herren der ÖVP es der Mühe Wert gefunden hätte, die Anlage in der Schweiz anzusehen.

Er habe selbst Angst gehabt, sagte Gemeinderat Mistingher, daß die Staub- und Rauchentwicklung stören würde, umso mehr als er in diesem Gebiet wohne. Er habe sich jedoch selbst überzeugen

können, daß bei der Ableerung der Müllwagen kein Staub entsteht, daß keine Rauchentwicklung festzustellen ist und überhaupt keine Gefährdung eintritt. In Bern zum Beispiel befindet sich in unmittelbarer Nähe der Anlage eine Schule und Spitäler. Die Leute der Umgebung hängen ihre weiße Wäsche ruhig im Freien auf. In Wien habe man eine allgemeine Volksversammlung an einem Sonntagvormittag einberufen, bei der von den Leuten Bedenken angemeldet wurden. Aber als wir ihnen die Situation schilderten, waren sie einverstanden und sagten, sie seien zufrieden. Er traue sich auch in eine Versammlung der ÖVP zu gehen, stellte der Redner fest, und er sei überzeugt, daß die Wähler der Volkspartei vernünftiger sein werden, als ihre Vertreter im Wiener Gemeinderat. (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Koci weist in seinem Schlußwort noch einmal nachdrücklich den Vorwurf zurück, daß die beiden Männer auf Kosten der Gemeinde gefahren seien. Diese Kosten wurden allein von der sozialistischen Fraktion getragen. Der Referent erinnerte die ÖVP auch daran, daß sie am 30. Mai 1958 im Gemeinderat zustimmte, als der Beschluß gefaßt wurde, die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig zur Detailprojektierung zu vergeben. Abschließend verwies der Referent darauf, daß es nicht bei dieser einen Müllverbrennungsanlage bleiben werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der ÖVP auf Absetzung dieses Tagespunktes mit den Stimmen der SPÖ und VO abgelehnt. Der Antrag des Referenten wird mit den Stimmen der SPÖ und der VO angenommen.

Der Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien an eine Gruppe österreichischer Brauereien, die sich zum Zwecke des Ankaufes zu einer Kommanditgesellschaft zusammengeschlossen hat. Der Vizebürgermeister stellt fest, daß die Verhandlungen nun so weit gediehen sind, daß sie nach Zustimmung durch den Gemeinderat abgeschlossen werden können. Das Brauhaus der Stadt Wien ist im Jahre 1905 von der Stadt Wien erworben worden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich in der Zwischenzeit wesentlich geändert.

Vor allem die Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Brauhauses der Stadt Wien in der Zeit nach 1938 hat die wirtschaftliche Grundlage völlig verändert. Die Kapazität von rund 300.000 Hektolitern konnte nicht voll ausgenützt werden. Die Produktion lag bei rund 160.000 Hektolitern. In den letzten Jahren konnte der Betrieb nur dadurch aktiv gestaltet werden, daß eine Vereinbarung mit dem Braukartell abgeschlossen wurde, nach der das Brauhaus der Stadt Wien 30.000 Hektoliter zum Lohnbrauen übernommen hat. Der Gedanke, das Brauhaus zu verkaufen, ist bereits vor Jahren aufgetaucht, als das Unternehmen in einer schlechten wirtschaftlichen Situation war. Damals waren die Angebote aber sehr niedrig. Im Laufe der Jahre sind die Angebote gestiegen. Obwohl auch ausländische Interessenten vorhanden waren, soll das Unternehmen an die Gruppe österreichischer Brauereien verkauft werden, und zwar um einen Betrag von insgesamt 132 Millionen Schilling inklusive Halb- und Fertigfabrikate. Von den Bediensteten des Brauhauses, es handelt sich um 300 Leute, darunter 48 Pragmatisierte, werden 177 von der Kommanditgesellschaft übernommen. Die 48 Pragmatisierten und 100 andere Bedienstete werden von der Stadtverwaltung übernommen. Die Gewerkschaft der Privatangestellten und der Lebens- und Genußmittelarbeiter hat mit der Brauerei Besprechungen geführt. Die Interessen der Arbeiter und Angestellten wurden berücksichtigt. Es wird also niemand arbeitslos werden.

Vizebürgermeister Slavik dankt abschließend unter dem Beifall des Gemeinderates allen Bediensteten des Brauhauses. Sie haben mit ihrer Tätigkeit die Voraussetzung dafür geschaffen, daß das Brauhaus heute zu einem angemessenen Preis verkauft werden kann. Der Erlös aus dem Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien soll so verwendet werden, daß er der ganzen Bevölkerung zugute kommt.

GR. Maller (VO) stellte sich entschieden gegen den Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien. Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, sagte er, daß Biererzeugung Aufgabe der Gemeindeverwaltung ist. Wäre das Brauhaus nicht schon seit Jahrzehnten Eigentum der Stadt Wien, wir würden nicht verlangen, daß es kommunalisiert wird. Aber es ist seit Jahrzehnten Eigentum der Stadt, und es wäre gut, wenn es Eigentum der Stadt bleiben würde. Es hat sich ~~richt~~ereignet, was als Anlaß dienen könnte, dieses Unternehmen abzustoßen.

Ein zweiter Grund, warum wir gegen den Verkauf sind, ist die jahrzehntelange Erfahrung, daß sich solche Verkäufe nie zum Vorteil, sondern immer zum Nachteil der Belegschaft auswirken. Die Unternehmer werden bei nächster Gelegenheit gerade diese Arbeiter und Angestellten aus ihren Betrieben entfernen, die sie von der Gemeinde Wien übernehmen mußten.

Der Verkauf des Brauhauses ist ein Einbekenntnis, daß die Gemeindeverwaltung ganz einfach keinen Kampf mit dem Braukapital führen will. Man muß doch sehen, daß allein die Existenz dieses Brauhauses der Stadt Wien ein Hindernis für eine nach kapitalistischen Grundsätzen geleitete Bierpreisentwicklung ist. Ein Verkauf ist keinesfalls ein Schutz vor Bierpreiserhöhungen. Im Gegenteil. Mautner Markhof und die anderen Brauereien werden sich viele Millionen mehr als den Kaufpreis durch Erhöhung des Bierpreises von den Konsumenten holen.

Man soll auch nicht mit dem Schlagwort kommen, daß dies im Zeichen des Kampfes gegen den Alkohol geschehe. Es wird um nichts weniger Alkohol konsumiert werden.

Wem nützt also dieser Verkauf? Nicht den Arbeitern und Angestellten des Brauhauses, auch nicht der Arbeiterschaft und ihren Familien, denn der Bierausstoß wird dadurch nicht geringer werden. Es bleibt also nur das Braukartell und sein mächtigster Mann, Mautner Markhof.

In seinem Schlußwort nahm Vizebürgermeister Slavik zunächst zu dem Vorhalt seines Vorredners Stellung, er habe bei seinem Bericht über den Verkauf des Brauhauses ein Gefühl des Unrechts gehabt. In den USIA-Betrieben, sagte er, haben die Kommunisten sicher ein gewichtiges Wort zu reden gehabt. Aber dort wurde der Kauf von Wiener Stadtbräubier abgelehnt und in den USIA-Betrieben nur Schwechater Bier ausgeschrieben (Heiterkeit). Damals hätte es die Möglichkeit gegeben, den Umsatz wesentlich zu erhöhen.

Was die Arbeiter und Angestellten des Brauhauses anlangt, verwies der Vizebürgermeister nochmals auf die Vertragsbestimmung, wonach mit den zuständigen Gewerkschaften vorzugehen ist, und erklärte, daß somit für den Schutz der Arbeiter und Angestellten vorgesorgt ist.

Wie hätten sich Herr Gemeinderat Maller und seine Fraktion verhalten, wenn wir vom Gemeinderat die Bewilligung von 17 Millionen für die erforderlichen Investitionen oder, wenn wir den Kampf mit dem Kartell aufgenommen hätten, jedes Jahr zwei oder drei Millionen für den Kampffonds gefordert hätten? Wir hätten Steuergelder dazu verwenden müssen, das Bier noch verkaufen zu können. Dann hätten wir wohl alle miteinander das Gefühl des Unrechts gehabt. Denn dann wäre irgendwann der Zeitpunkt gekommen, wo wir mit diesem Kampfe Schluß gemacht hätten, und es ist nur die Frage, ob wir dann zu den gleichen Bedingungen verkaufen hätten können.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien gegen die Stimmen der VO angenommen.

Damit waren die Verhandlungen abgeschlossen.

Alle anderen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Debatte angenommen.

Bürgermeister Jonas ergriff um 18 Uhr das Wort zu der großen Gemeinderat-Abschlußrede. (Wir haben diese Ausführungen bereits auf Blatt 1472 ff. veröffentlicht.) (Schluß des Sitzungsberichtes).

- - -